

## Von der Redaktion

### С новым годом – Frohes Fest!

Die Redaktion der „Russlandanalysen“ geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russlandanalysen 123 – erscheint am 26. Januar 2007. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir Beiträge zur Parteientwicklung, zur Wohnungspolitik und zu den Beziehungen zwischen den Staaten der GUS.

Heute wünschen wir unseren Lesern aber ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

*Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder*

## Analyse

### Russland im Jahr 2006. Die Elite stellt sich auf für den Kampf um die Sicherung ihrer Machtpositionen

Lilija Schewzowa, Moskau

#### Die zweite Amtszeit – verlorene Zeit

Das Jahr 2006 hat die Logik des russischen Systems bestätigt, demzufolge die zweite Amtszeit jedes Präsidenten für das Land verlorene Zeit ist, da die politische Klasse alle Energie auf die Sicherung ihrer Positionen im nächsten politischen Zyklus richtet. Allerdings tritt auch ein Widerspruch zu Tage, der es schwer macht, dieses Ziel zu erreichen: Auf der einen Seite versucht die Elite, den mit Mühe errungenen *Status quo* zu erhalten, auf der anderen Seite führen die einzelnen Gruppen der Elite einen Kampf um die Umverteilung der Macht- und Wirtschaftsressourcen, der diesen *Status quo* untergräbt und die Suche nach einem Konsens über den Machttransfer nach dem Ende der Regierungszeit Putins im Jahr 2008 erschwert.

#### Innenpolitisch – totale Kontrolle?

Die Grundtendenzen in der russischen Politik sind offensichtlich geworden. In der Innenpolitik hat der Kreml die totale Kontrolle über die politische Szene durchgesetzt. Diesem Ziel dienen die Modifikationen des Wahlrechts, die die Mindestwahlbeteiligung und sogar die Möglichkeit der Kritik des Gegners abschaffen; dies vollendet die Schaffung eines Wahlmechanismus, der die vom Kreml erwünschten Ergebnisse bei den Parlamentswahlen 2007 und den Präsidentenwahlen 2008 garantieren soll.

Die Polittechnologen des Kreml haben die Existenzmöglichkeiten der Opposition vernichtet. Die liberal-demokratischen Parteien befinden sich in einer äußerst kritischen Lage; diese haben keine Möglichkeit mehr, in das neue Parlament gewählt zu werden, was für sie den politischen Tod bedeutet. Gleichzeitig hat der Kreml den Anschein eines politischen Pluralismus erzeugt, indem er unter der Führung des Sprechers des Föderationsrates Sergei Mironow eine weitere „Partei der Macht“ gegründet hat, die so tut, als ob sie gegen die regierende Partei „Einiges Russland“ („Jedinaja

Rossija“) opponiert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Kreml vor den Wahlen auch eine handzahme liberale Partei formiert. Dann wird das System einer „souveränen Demokratie“ in Russland seine endgültige Form annehmen, d.h., ein Imitationssystem, in dem die Institution des Präsidenten durch politische Klone eingerahmt wird. Gleichzeitig ist es aber Präsident Putin noch nicht gelungen, das Einverständnis der Elite für die Formel zu erlangen, mit der Macht sich selbst reproduzieren und auf die Figur des Nachfolgers übertragen werden kann.

Dies kam in dem missglückten Versuch der „silowiki“ zum Ausdruck, im Frühjahr 2006 den früheren Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow als ihren Kandidaten für die Nachfolge zu etablieren. All das spricht dafür, dass innerhalb der regierenden Gruppe der Kampf um die Kontrolle über den Kreml begonnen hat, dessen Ausgang nicht vorhersehbar ist. In jedem Fall ist klar, dass im Kreml nicht alle mit den vom Präsidenten geförderten Kandidaten, den Vizepremiers Dmitri Medwedjew und Sergei Iwanow, einverstanden sind.

## Zeitalter der Klankriege

Nachweis für einen Konsens bezüglich der Übertragung der Macht könnte die Bildung einer neuen Regierung und die Ernennung eines neuen Premiers sein, die in Russland als die endgültige Wahl eines Nachfolgers für Präsident Putin aufgefasst würden. Wer dieser Kandidat sein wird, ist gar nicht einmal so wichtig wie die Frage, ob Putin eine Spaltung der Elite abwenden kann, wie es sie 1999 während der Endzeit der Regierung Jelzin gab. Damals wurde Russland in einen Klankrieg hineingezogen. Der Kampf verschiedener Gruppierungen um die Umverteilung von Wirtschaftsressourcen und die Beteiligung der „silowiki“ an dieser Auseinandersetzung, die hierfür ihre einschlägigen Instrumente benutzen, erschweren es, die Einheit der Führungsgruppe zu bewahren. Das Wiederaufleben der Auftragsmorde (darunter die Morde am Chef der Bankaufsicht Andrei Koslow und an der oppositionellen Journalistin Anna Politkowskaja) bezeugen, dass die politische Auseinandersetzung in Russland sich verschärft und dass die Obrigkeit keine zivilisierten Spielregeln mehr garantieren kann. Übrigens nimmt Russland in der Statistik der Journalistemorde den dritten Platz ein, nach Irak und Algerien; alleine während der Regierungszeit Putins wurden 13 bestellte Morde an Journalisten verübt. Diese Verschärfung der politischen Auseinandersetzung deutet darauf hin, dass Putin anfängt, die Kontrolle über die Lage zu verlieren, da ihm nicht daran gelegen sein kann, dass das Ende seiner Regierungszeit mit einem Verlust an Stabilität assoziiert wird.

## In der Wirtschaft - bürokratischer Kapitalismus?

In der Wirtschaft sehen wir die Etablierung eines bürokratischen Kapitalismus, der einige charakteristische Züge aufweist: eine unaufhaltsame Expansion des Staates; das Bemühen der Obrigkeit, Megaunternehmen zu bilden, die den Wettbewerb begrenzen; die Entstehung einer Schicht von oligarchischen Bürokraten, die das Staatseigentum kontrollieren und über seine Dividenden verfügen; die Expansion der Megaunternehmen im Ausland, was eine Kapitalausfuhr aus Russland bedeutet; mehr und mehr Eigenschaften der Wirtschaft, die für einen *Petrostate* typisch sind.

Die russischen Wirtschaftsreformen sind eingefroren und trotz des hohen Ölpreises fängt die Wirtschaft an zu stagnieren. Gleichzeitig sind Bemühungen zumindest eines Teils der Elite spürbar, eine neue Privatisierungsstufe von Staatseigentum vorzubereiten, was zu einer noch mächtigeren Oligarchie aus dem Kreise der loyalen Putinanhänger führen könnte. Dieser Prozess wird von zwiespältigen Beziehungen des Kreml zu ausländischen Partnern begleitet. Auf

der einen Seite braucht er sie, unter anderem zur Legitimierung des russischen Kapitalismus; auf der anderen Seite versucht die russische Elite, die Möglichkeiten von ausländischen Firmen zu begrenzen und ihnen die „Leckerbissen“ an Eigentum wegzunehmen, was in dem Druck auf Shell und British Petroleum zum Ausdruck kam. In jedem Fall untergräbt dies die Legitimation der Privatisierung und die Institution des Privateigentums; eine neue Drehung der Umverteilungsspirale kann nach dem Ende von Putins Regierungszeit nicht ausgeschlossen werden.

## Rückkehr zur Großmachtidee

In der Außenpolitik hat die russische Regierung begonnen, außenpolitische und wirtschaftliche Hebel zu benutzen, um innenpolitische Probleme zu lösen. Der russische Vorsitz der G8 und der Gipfel der G8 in St. Petersburg waren ein solcher Hebel, der die Position Putins in der Gesellschaft festigte. Die Gesellschaft ist der Meinung, dass der Präsident das internationale Prestige Russlands erhöht hat.

Putin nutzte die für Russland günstige Weltkonjunktur aus und schlug dem Westen ein Geschäft vor, dessen Bedingungen im Wesentlichen wie folgt lauten: „Wir gestatten euch eine Beteiligung an unserer Erdöl- und Erdgasförderung, wenn ihr unsere Expansion in euren Wirtschaften nicht behindert, vor allem nicht unsere Beteiligung am Eigentum eurer Energieversorgung. Wir sind eure Partner, wenn ihr euch nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischt und den ehemaligen sowjetischen Raum als unsere Interessensphäre anerkennt.“ Diese Forderungen sind ein Mittel, um das Image eines starken Staates aufrechtzuerhalten und beweisen die Rückkehr des Kreml zur Idee des „dershawnitschestwo“ („Großmachterei“) als konsolidierender Ideologie.

Der Druck, der auf die Ukraine, Moldawien und Georgien ausgeübt wurde, wobei Handelssanktionen angewandt wurden, waren Beispiele dafür, wie „dershawnitschestwo“ in der Außenpolitik angewandt wird. Darüber hinaus macht sich Moskau die Widersprüche zwischen den europäischen Staaten mit Erfolg zunutze, indem es ihren Bedarf an russischer Energie ausnutzt und vorzugsweise auf bilaterale Beziehungen setzt, so dass es damit die Anstrengungen Brüssels untergräbt. Die politische Höflichkeit des Westens wird vom Kreml als Beweis dafür angesehen, dass sein aggressiver außenpolitischer Stil richtig ist.

## Die ethnische Karte

2006 tauchte ein neues Element in der Politik zur Konsolidierung der Gesellschaft auf: Die Obrigkeit griff auf die ethnische Karte zurück, indem sie die Notwendigkeit betonte, die Interessen der „einheimischen“ Bevölkerung zu schützen und eine Kam-

pagne zur Verdrängung der georgischen Diaspora aus Russland durchführte, was nationalistische Stimmungen in der Bevölkerung nur verschärfen konnte. Ende 2006 unterstützen ungefähr 56% der Bürger Russlands die Losung „Russland den Russen“. Der Anteil von nationalistischen Wählern stieg in zehn Jahren von 25%–35% auf 35%–40%; allerdings deuten einige Umfragen darauf hin, dass [nur] 5% der Bevölkerung bereit sind, einen offenen ethnischen Nationalismus zu unterstützen, während die übrigen noch schwanken. Daten des russischen Innenministeriums zufolge wurden in Russland 2006 185 extremistische Verbrechen registriert, 70% mehr als im Vorjahr. Ungefähr 80% der Mitglieder extremistischer Organisationen sind junge Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren. Allerdings ist im Verhalten der Obrigkeit eine Spaltung zu spüren: Die einen regierenden Klans haben anscheinend beschlossen, den Nationalismus zu benutzen, um die Gesellschaft zu mobilisieren; die anderen befürchten, dass sie die Kontrolle über die nationalistische Naturgewalt verlieren und vermuten richtigerweise, dass diese Gewalt sie von der Bühne fegen kann. Diese Spaltung spiegelt sich darin wider, dass die Obrigkeit sowohl nationalistische Gefühle stimuliert als auch versucht, extremistische Ausschreitungen von Straßengangs zu bekämpfen. Diese Versuche sind allerdings zum Misserfolg verdammt, wenn die Rechtsschutzorgane, wie die Ereignisse im karelischen Provinzstädtchen Kondopoga gezeigt haben, entweder desorientiert sind oder mit der nationalistischen Elementarkraft sympathisieren.

### Brüchige Stabilität

Das vergangene Jahr hat gezeigt, dass es situationsbedingte Faktoren gibt, die die Stabilität der Gesellschaft stützen. Darunter sind: der hohe Weltmarktpreis für Öl, der ein Unterpfand für den Zustrom von Valuta in den russischen Haushalt ist; das hohe Rating von Wladimir Putin, der als einzige politische Institution im Lande angesehen wird; der Mangel an alternativen Führungspersönlichkeiten und politischen Kräften, die in der Bevölkerung Vertrauen hervorrufen könnten; die Imitationspolitik der Obrigkeit, die die Gesellschaft desorientiert und ihr keine Gelegenheit gibt, die wahre Natur der Obrigkeit zu erkennen; die Erinnerung an die jeltsinsche Periode, gegenüber der die Regierungszeit Putins ein Muster für Stabilität und Effektivität zu sein scheint. Gleichzeitig machen sich immer mehr strukturelle

Faktoren bemerkbar, die die äußerliche Stabilität unvermeidlich untergraben werden. Dazu gehören die Konflikte zwischen der Personalisierung der Macht und der Notwendigkeit, sie durch Wahlen zu legitimieren; zwischen einer überzentralisierten Obrigkeit und der Notwendigkeit, Protest auszudrücken, der unter solchen Bedingungen antisystemische Züge annimmt; zwischen der antiwestlichen Elite und ihren Bestrebungen, den Westen zu benutzen, um ihre persönlichen und kollektiven Interessen durchzusetzen.

Die russische Bevölkerung hat im Laufe des Jahres 2006 ihren Glauben an Putin gezeigt – 77% haben weiterhin seine Führung gutgeheißen (22% waren dagegen). Gleichzeitig sind die Bürger Russlands mit der Lage im Land unzufrieden: 2006 drückten 32% ihre Zufriedenheit mit der Entwicklung in Russland aus, aber 65% ihre Unzufriedenheit. Nur 12% der Befragten meinten, dass sich die wirtschaftliche Lage im Lande verbessert, 14% waren der Meinung, dass sie sich nur verschlechtert, während 69% keine Verbesserungen erwarteten. 25% der Bevölkerung glaubte, dass die Regierung die Lage im Lande verbessern kann, 60% setzten keine Hoffnungen auf Aktionen der Regierung. Die Menschen haben verstanden, dass sie von der Obrigkeit nichts zu erwarten haben: Nur 11% glaubten, dass die Obrigkeit ihre Interessen schützt, während 67% meinten, dass sie vor der Obrigkeit schutzlos sind. Es ist interessant, dass 61% der befragten russischen Bürger eine wirkliche Opposition haben wollen (nur 25% waren einer Opposition gegenüber negativ eingestellt) und 47% meinten, dass es sie in der Gesellschaft nicht gibt (30% glaubten, dass es sie gibt). Dies bedeutet, dass das Volk darauf wartet, dass einflussreiche Gegner der Obrigkeit auftauchen. Die Gesellschaft wird aber kaum eine Opposition ohne den entsprechenden Anstoß in Form einer drastischen Verschlechterung der sozialen Lage in den Großstädten und unter den dynamischsten Schichten der Bevölkerung unterstützen.

Zum Ende des Jahres 2006 hat die russische Obrigkeit die politische Maschinerie für die Übertragung der Macht schaffen können, gleichzeitig hängt der Erfolg dieses Unterfangens aber davon ab, ob der Kreml seine Einheit bewahren und Fehler vermeiden kann, die zu Erschütterungen in der Gesellschaft führen könnten.

*Übersetzung aus dem Russischen:  
Matthias Neumann*

### Über die Autorin:

Professor Lilija F. Schewzowa lehrt politische Wissenschaften am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO). Seit 1995 ist sie Senior Associate der Carnegie Stiftung und koordiniert dort das „Politische Institutionen“-Programm. In russischen Politologenrankings wird sie zu den 20 führenden politischen Analytikern Russlands gezählt.